

A n t r a g

der Fraktion der CDU

"Stärkung der dualen Ausbildung durch eine moderne Berufsorientierung in Thüringen - Unterstützung für die Fachkräfte von morgen"

- I. Der Landtag stellt fest, dass
 1. die duale berufliche Ausbildung in Deutschland vorbildhaft ist und international einen hervorragenden Ruf genießt;
 2. der Arbeitskräftebedarf zu 73 Prozent Personen mit dualer Ausbildung umfasst;
 3. angesichts dessen die duale berufliche Ausbildung essentiell ist, um den Fachkräftebedarf von morgen zu sichern;
 4. der beruflichen Ausbildung die gleiche Anerkennung wie der akademischen Ausbildung gebührt;
 5. die Thüringer Regelschule das Herzstück der Thüringer Schullandschaft darstellt und diese als Fachkräfteschmiede gestärkt werden muss, um einer Überakademisierung entgegenzuwirken;
 6. trotz eines deutlichen Überhangs an Lehrstellenangeboten nicht alle Lehrstellenbewerber tatsächlich auch eine Lehrstelle erhalten;
 7. aufgrund der Durchlässigkeit des deutschen Bildungssystems nach dem Erwerb eines Berufsabschlusses über den Weg der Meisterausbildung und aufbauende Studien zahlreiche Aufstiegschancen bestehen, die stärker sichtbar gemacht werden müssen;
 8. das bislang angebotene Azubi-Ticket ein wichtiger Baustein für die Mobilität der Auszubildenden ist.

- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 1. den zuständigen Ausschüssen bis zum 30. Juni 2023 zu berichten, wie hoch die Quote der Lehrstellenbesetzungen in den unterschiedlichen Branchen und Ausbildungsgängen in Thüringen zum Ausbildungsbeginn in 2022 war, welche Branchen und Ausbildungsgänge besondere Probleme haben, Lehrstellen zu besetzen und welche (insbesondere wissenschaftliche) Analysen der Landesregierung über die Gründe der Nichtbesetzung von Lehrstellen bekannt sind;
 2. sich in Abstimmung mit den Handwerkskammern und den Industrie- und Handelskammern für den Erhalt der Berufsschulen und Ausbildungsgänge auch im ländlichen Raum einzusetzen;
 3. sich für eine Flexibilisierung und Vereinfachung von Gastschulanzträgen einzusetzen, wenn sich das betroffene Unternehmen, nicht jedoch die Schule in Thüringen befindet und zu diesem Zweck beispielsweise fiktiv die Klassenstärke in den jeweiligen Thüringer Berufsschulen aufzufüllen;

4. die Thüringer Regelschulen als Herzstück der Thüringer Schullandschaft und Fachkräfteschmiede zu stärken und gegenüber anderen Schularten nicht schlechter zu stellen, sondern zu stärken;
5. die Berufsorientierung in allen Thüringer Schularten im Freistaat zu reformieren, plastischer zu machen und durch die stärkere Einbeziehung der Eltern nachhaltig zu ertüchtigen;
6. Eltern über die Durchlässigkeit des Bildungssystems und die Chancen der Berufsausbildung in Industrie und Handwerk besser zu informieren;
7. durch Patenschaften zwischen Schulen und Betrieben vor Ort die Möglichkeiten und Chancen der örtlichen Wirtschaft auch in der Schule stärker sichtbar zu machen;
8. im Rahmen der Landesstrategie "Berufliche Orientierung" den zeitlichen Rahmen der Pflichtpraktika in den 9. und 10. Klassen zu erhöhen;
9. auf eine landesweite Einführung beispielhafter Modellprojekte, wie den im Schulamtsbereich Nordthüringen mit der Industrie- und Handelskammer (IHK), Handwerkskammer (HWK) und Agentur für Arbeit erprobten "Tag in der Praxis" (TIP), hinzuwirken;
10. die Einführung eines auch auf die Eltern fokussierenden "Talent-Checks" nach österreichischem Modell zu prüfen;
11. sich zur Unterstützung Auszubildender aus einkommensschwachen Familien im Rahmen einer Bundesratsinitiative für eine Erhöhung der Berufsausbildungsbeihilfe einsetzen;
12. in diesem Zusammenhang auch das fortführende Aufstiegs-BAföG beziehungsweise "Meister-BAföG" für Berufstätige attraktiv zu gestalten;
13. ein in Richtung Attraktivität und Erschwinglichkeit für die Auszubildenden weiterentwickeltes Tarifangebot für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ab dem kommenden Ausbildungsjahr bereitzustellen;
14. Berufsmessen als Kontaktbörsen im ganzen Freistaat in Zusammenarbeit mit IHK und HWK weiter auszubauen und dabei zu unterstützen, dass Schüler diese Angebote wahrnehmen und diese stärker zeitlich miteinander abzustimmen.

Begründung:

Der demographischen Entwicklung und der Tendenz folgend, dass eine zunehmende Anzahl an Schülerinnen und Schüler sich für Abitur und anschließend Studium entscheidet, stehen wiederholt weniger Absolventinnen und Absolventen für eine Ausbildung zu Verfügung, als Arbeitskräfte in ihren wohlverdienten Ruhestand eintreten. Zahlreiche, vor allem auch kleinere und mittlere Betriebe in Thüringen stellt dies vor das Problem, dass ausgeschriebene Lehrstellen nicht oder nur nach langer Wartezeit besetzt werden können. Im Juli 2022 blieben in Thüringen 6.100 ausgeschriebene Lehrstellen unbesetzt. Dies ist im Vergleich zum Jahr 2021 ein alarmierender Anstieg um 9,2 Prozent. Dem steht jedoch auch mittlere dreistellige Anzahl von nicht vermittelten Bewerbern gegenüber. Dem Anstieg unbesetzter Lehrstellen stand im Jahr 2021 auch eine ebenfalls alarmierende Zahl von 8,4 Prozent aller Abgänger aller Schulen gegenüber, die keinen Schulabschluss erreichen konnten.

Daneben werden aufgrund steigender Entlohnung ungelernte Tätigkeiten in größeren Unternehmen wie Amazon oder Zalando attraktiver. Besteht den ungelernten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern jedoch nicht die Möglichkeit, sich innerbetrieblich weiter zu qualifizieren, büßt der Freistaat dadurch einen Teil der Fachkräfte der Zukunft ein - beson-

ders dann, wenn die ungelernte Tätigkeit in Konkurrenz zu dem Bedarf und einer Ausbildung bei einem kleinen oder mittelständischen Unternehmen aufgenommen wird.

Zur Deckung des künftigen Fachkräftebedarfs ist es wichtig, dass Schulabgänger nach ihrem Abschluss nicht aus kurzfristigen finanziellen Beweggründen heraus davor zurückschrecken, eine Ausbildung zu beginnen. Dies bedeutet gerade für Auszubildende aus einkommensschwachen Familien eine Erhöhung der Berufsausbildungsbeihilfe. Diese Beihilfe wird gezahlt, wenn das Ausbildungsentgelt des Auszubildenden nicht ausreicht, um den Grundbedarf für beispielsweise Wohnen oder Fahrtkosten abzudecken.

Durch wohnortnahe Berufsschulen, auch im ländlichen Raum, können außerdem Fahrt- und Unterkunftskosten deutlich reduziert werden. Die Möglichkeiten und Chancen in der örtlichen Wirtschaft lassen sich ebenfalls gut bereits in den Schulen erlebbar machen - beispielsweise durch den Ausbau von Praktika oder durch Patenschaften zwischen Schule und Betrieben.

Tatsächlich handelt es sich aber bei dem System der dualen Ausbildung und darauf aufbauenden Weiterentwicklungsmöglichkeiten um ein höchst durchlässiges System. Diese Perspektive gilt es sowohl Schülern als auch Eltern aufzuzeigen. Denn die Vorteile und die praktische Nähe der dualen Ausbildung sind unbestreitbar. In Österreich existiert zur Berufsorientierung das Modell "Talente-Check". Dabei machen Schülerinnen und Schüler vor allem auch praktische Erfahrungen über mehrere Tage. Am Ende steht ein Gespräch mit Psychologen und Eltern. Hier wird bereits praktisch vorgelebt, wie auch Eltern in die Berufsfindung einbezogen und Eltern und Kinder gemeinsam beraten werden können.

Für die Fraktion:

Prof. Dr. Voigt